

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Der Sheriff kommt

Die nächste Runde im guten alten Familienstreit mit Amerika Josef Joffe

Flitterwochen in Amerika, Albträume in Europa - das ist das klassische Muster, das noch einen jeden Machtwechsel in Washington begleitet hat. In dieser Woche, da George W. Bush den Alten Kontinent bereist, ist der Honigmond daheim längst dem prosaischen Politikgeschäft, die europäische Beklemmung einer ruhigeren Reaktion gewichen, der sowohl das Hysterische als auch das Hochfahrende abzugehen beginnt.

Auch hier setzt sich ein altes Muster durch. Am Inauguration Day im Januar wähnt noch jeder Neuling, dass er die Welt neu erfinden könne. Hundert Tage später hat er sich die ersten Kratzer und Beulen geholt. Die grausamste Ernüchterung kam aus dem Senat, wo Bush die Vorherrschaft verlor; sein scharfkantiges konservatives Programm wird jetzt von der Demokraten-Mehrheit abgeschliffen, seine Außenpolitik muss sich mit Joe Biden und Carl Levin, den Chefs der beiden mächtigen Senatsausschüsse fürs Auswärtige und Militärische, arrangieren. Und siehe da: Das harte "No" zu Kyoto weicht auf, die Raketenabwehr wird in Konsultationen mit Freunden und Rivalen eingewickelt, in Nahost sind wieder die Friedensstifter unterwegs.

Kultureller Hochmut

Und die Europäer? Zumindest die

Offiziellen begreifen, dass kultureller Hochmut - Amerika als Amalgam von Todesstrafe, Rassismus und Raffgierkapitalismus - weder die Wirklichkeit erfasst noch ihr Problem mit einem Land löst, das den Europäern auf allen Feldern der Macht davonläuft. Derweil Rudolf Scharping um jeden Pfennig für seine nur "bedingt einsatzbereite" Truppe betteln muss, geben die USA mehr für Rüstung aus als die nächsten sieben großen Militärmächte zusammen. Inzwischen meint auch der französische Staatschef Chirac, dass der Westen eine Antwort auf die neue Raketenbedrohung finden müsse - eine Erkenntnis, zu der sich Gerhard Schröder schon durchgerungen hatte.

Man beginnt sich wieder einander zu nähern - wie seit Anbeginn der Allianz vor 52 Jahren. Freilich möge man nicht vernunftgemäße Diplomatie mit der Lösung jener widerborstigen Probleme verwechseln, die seit Ende des Kalten Krieges im Kern des Verhältnisses angelegt sind. Die "letzte verbleibende Supermacht" wendet sich naturgemäß den neuen strategischen Herausforderungen zu, die zwischen Nah- und Fernost lauern. Zudem denkt Amerika gerade unter Bush in Kategorien militärischer Sicherheit, derweil Europa, das die Macht weder hat noch wirklich anstrebt (siehe seine etwas kläglich geratene Eingreiftruppe von 60 000 Mann),

vorweg "weichere" Wege sucht: Konzilianz, Einbindung, multilaterale Verträge und Normen. Diese verschiedenen Weltsichten müssen nicht unbedingt verfeindet sein, aber sie werden auch unter einem bescheideneren Bush für reichlich Streit sorgen. Dies umso mehr, als die Amerikaner sehr wohl verstehen, dass solche multilateralen Netzwerke wie Kyoto, Landminenverbot oder Internationaler Strafgerichtshof auch der Einhegung ihres eigenen Machtanspruches dienen sollen.

Dennoch: Dass beide Seiten nach dem Kollaps der Sowjetmacht einander weniger brauchen, heißt nicht, dass sie aufeinander verzichten können. Ganz schlicht: Auch in den nächsten zehn Jahren wird Europa nicht allein auf seinem balkanischen Hinterhof intervenieren können. Allein kann Amerika auch nicht den Marsch der Massenvernichtungswaffen stoppen; dazu braucht es die Hilfe vieler Gleichgesinnter. Bevor sich Europa und Amerika in Handelsblöcken verschanzen, mögen sie gemeinsam über die nützlichen Tugenden des Freihandels nachdenken.

Bush allein zu Haus, vorbei; der gute alte Familienstreit über den Atlantik hinweg darf beginnen. Bis zur nächsten Inauguration.